

### III. BUCH, PRESSE UND ANDERE DRUCKMEDIEN

#### MEDIENETHIK, MEDIENPRAXIS Eine Sammelrezension

Als Regelungs- und Orientierungswissen spielt die Ethik im Journalismus eine eher untergeordnete Rolle. Zugeordnet wird sie vornehmlich der Phase der Berufsausbildung, weniger aber der Berufspraxis, wo sie sich als Prüfungsinstanz des realen Berufshandelns geltend machen könnte. Dem widerspricht auch nicht die Praktikabilität, auf die die berufsethischen Kodifizierungen, wie etwa die Richtlinien des Deutschen Presserates, orientiert sind. Eine Ausnahme bildet allemal die Ethik im Sinne einer Berufsutopie, die auf die Frage nach dem Sinn des kommunikativen Handelns mit der Setzung von Zielorientierungen antwortet. Um eine solche Ausnahme handelt es sich bei

**Hermann Boverter: Ethik des Journalismus. Zur Philosophie der Medienkultur.- Konstanz: Universitätsverlag 1984 (Journalismus Bd. 19, neue Folge), 507 S., DM 49,50.**

Um es vorwegzunehmen: der fundamentalistische Anspruch, der durch den Buchtitel erhoben wird, kann zwangsläufig nicht eingelöst werden. Boverter stellt die Frage nach der journalistischen Ethik zunächst als eine nach dem richtigen Wahrnehmen und Erkennen, wofür (in einem ersten Teil) die Tradition philosophischer Erkenntniskritik ausgiebig bemüht wird. Der zweite Teil ist der Spezifik des Fernsehens gewidmet. Hier diskutiert der Autor ausführlich die neuere Medienkritik und kann so nicht immer vermeiden, dem Kenner der Materie nur ein wenig informatives Referat zu bieten. Die ethischen Schlußfolgerungen aber hat der Leser gewissermaßen ex negativo zu ziehen. Dem eigentlichen Thema wendet sich der dritte Teil zu: dem Zusammenhang von "Ethik, Kommunikation und Journalismus". Boverter erinnert hier an den grundlegenden Sinn aller Kommunikation: Verständigung unter den Menschen herzustellen und so beizutragen zur Verbesserung des Lebens. Zurecht verwendet er viel Mühe auf die Begründung der Rechtmäßigkeit von Normen im Journalismus. Denn im Zuge des Empirismus scheint ihm deren Legitimität keineswegs Konsens zu sein. Lesenswert sind in diesem Zusammenhang seine Auseinandersetzungen mit Systemtheoretikern wie Manfred Rühl und Niklas Luhmann. Der vierte und letzte Teil schließlich, der dem Verhältnis von Journalismus und Gesellschaft gewidmet ist, referiert zunächst einige gängige Kommunikationstheorien (wie z.B. den Nutzenansatz), ohne daß der Autor den Bezug zum Ethik-Problem immer deutlich machen könnte. Sein Entwurf einer journalistischen Ethik endet mit der simplen Forderung nach "Freiheit und Verantwortung", womit mehr Fragen gestellt denn beantwortet werden. Wenn Boverters Arbeit auch letztlich unbefriedigend bleibt, so lohnt es sich doch, einige strittige Punkte seiner Argumentation intensiver zu prüfen.

Boverters Anspruch ist kein geringer: "Es geht um eine Theorie, um eine ethische Theorie des Journalismus, um eine Theorie der Entscheidung, worin das Gute in diesem Massenkommunikationssystem liegt und

woran wir die Fehlformen der journalistischen Handlungswirklichkeit im Gefüge der sozialen und technischen Strukturen des Systems, das sich Journalismus nennt, messen können." (S. 256) Auch geht es ihm "um ein Hinausdenken über Machbarkeit, Brauchbarkeit und Zweckmäßigkeit" (S. 257). Aber eben die damit geforderte Unbedingtheit des philosophischen Seinsollens vermißt man in Boventers Ethik allzuoft. Ein Blick in die neuere fiktionale Literatur mit ihren vielen "Journalisten-Romanen" hätte sich hier als fruchtbar erweisen können: Die dort formulierte Neue Ethik gründet sich auf die Erkenntnis des katastrophalen Weltzustands und erhebt von hier aus an den Journalismus Forderungen nach Betroffenheit und Engagement.

Die Selbstbegrenzung dieses Philosophierens beginnt schon damit, daß Boventer über die Maßen einen angeblichen Widerspruch zwischen Ethik und Pluralismus als etablierter Gesellschaftsverfassung thematisiert: "Unsere heutige Zeit steht jedem Versuch einer Ethik skeptisch gegenüber. Die Pluralismusforderung, an der wir festhalten, erschwert den Versuch zusätzlich." (S. 17, vgl. auch S. 244, 245, 333, 348, 411). Der Autor fürchtet also, mit unbedingten Forderungen gegen das Vielfaltsgebot zu verstoßen. Dem wäre zu entgegnen, daß sich Pluralismus doch erst herstellt aus der Konkurrenz durchaus auch widersprüchlicher Setzungen - von denen Boventers eine hätte sein können. Die Wahlfreiheit des Lesers bliebe von solcher Ausschließlichkeit ja unberührt. Aus seinem Dilemma jedenfalls versucht sich Boventer dadurch zu retten, daß er Journalisten-Moral auf der Basis individueller Selbstverpflichtung fordert (S. 29, 440, 442). Keinen verbindlichen Normenkatalog will er aufstellen, sondern Empfehlungen aussprechen.

Interessant ist in diesem Zusammenhang auch, wie der Autor die seit den siebziger Jahren zu beobachtenden Wandlungen des journalistischen Rollenbildes verarbeitet. Der wachsenden Akzeptanz anwaltschaftlicher Berufsauffassungen begegnet er mit Mißtrauen, wobei er nicht selten das Verdikt konservativer Politiker, insbesondere der öffentlich-rechtliche Rundfunk sei ein Hort von Systemveränderern, nur medientheoretisch variiert (S. 79, 88, 426, 427). Im Widerspruch hierzu anerkennt Boventer aber: "Der journalistische Eros liegt im Verändernwollen. Das Neue soll zum Durchbruch gelangen, das Erstarrte aufgelockert, das Gehemmte freigesetzt werden." (S. 62) Desweiteren übt er scharfe Kritik am Ausgewogenheits-Diktat in den Rundfunkanstalten, das den Prinzipien journalistischer Arbeit unangemessen sei (S. 226). Diese Widersprüchlichkeit führt uns zu einem Kernproblem dieses medienphilosophischen Werkes: Boventer, der sich als tätiger Katholik gerade auch der Ethik seiner Kirche verpflichtet zeigt, bemüht sich angestrengt, seine Ausführungen freizuhalten von politischen Prämissen. In die konservative Ecke will er sich nicht stellen lassen, politischer Rechts-Links-Schematismus ist ihm ein Greuel. So ehrenhaft das anmutet, bleibt doch fraglich, ob die Ethik des Journalismus nicht doch auch ein eminent politisches Problem darstellt. Die Frage nach journalistischen Wertpräferenzen ist damit immer auch eine politische Frage. Mit dem angestregten Verweis auf das Pluralismusideal aber läßt sich dieser Zusammenhang von Erkenntnis und Interesse nicht klären.

Ganz offenbar ist diese Beziehung in

**Ulrich Nussberger: Das Pressewesen zwischen Geist und Kommerz.-Konstanz: Universitätsverlag 1984 (Journalismus Bd. 20, neue Folge), 186 S., DM 49,50.**

Ohne Polemik kann festgestellt werden: Dies ist eine Ethik für Verleger, denn Nussberger relativiert alle von ihm angesprochenen ethischen Fragen im Hinblick auf wirtschaftliche Interessen. Die Absetzbarkeit der Zeitung als Ware auf dem Anzeigen- und Lesermarkt ist oberstes Gesetz, hinter das alle journalistischen Qualitätserwägungen zurückzutreten haben. Der Schweizer Autor warnt davor, den Erwartungshorizont der Leserschaft zu enttäuschen; vielmehr müßten deren Wünsche, auch wenn es nicht die nach seriöser Information seien, unbedingt befriedigt werden, um "die größtmögliche Zahl" von Abnehmern zu finden (S. 11, 39, 78, 181). Den "Durchschnittsbürger" nimmt Nussberger gegen neulinke Kulturkritik ausdrücklich in Schutz und beruft sich dabei gar auf das Konzept der Alltagskultur: In seiner Interpretation ist alles Kultur, und folglich gibt es keine kulturlosen Lebensumstände (S. 30f, vgl. auch S. 27, 29, 41). Daß wir es hier mit einer Ethik von wahrhaft ökonomischer Rationalität zu tun haben, zeigt sich auch dort, wo Nussberger die Interessengegensätze zwischen Verlag und Redaktion wie folgt harmonisiert: "Der Verfasser ist der Auffassung, daß die augenfälligere Plazierung der Anzeigen im Seitenbild nicht dazu führen sollte, den sogenannten Umbruch des Textes zu erschweren und damit das lesegerechte Angebot der Redaktion zu beeinträchtigen. Allerdings sei auch zugestanden, daß diese Sonderplazierungen mit ihren höheren Erträgen dann einen Beitrag zu einem verbesserten Leseangebot leisten, wenn dadurch mehr Mittel für die Textgestaltung verfügbar werden." (S. 84) Dieses Lavieren zwischen den Fronten entspringt nicht zuletzt einer peinlichen politischen Vorsicht, die am offensichtlichsten dort wird, wo Nussberger von der Sozialisationsfunktion der Presse handelt und hier etwaige "Mißverständnisse", die nun wirklich nicht naheliegen, sogleich ausgeräumt wissen möchte: "Um zu vermeiden, daß die hier angesprochene Entwicklung als Hinwendung zu einem politisch-orientierten Sozialismus mißverstanden wird, soll auch dort, wo von 'Sozialisierung' die Rede ist, einheitlich der Ausdruck 'Sozialisation' verwendet werden." (S. 40) (Diese Einlassung wirkt besonders kurios, weil sie nicht einmal in einer Fußnote, sondern im laufenden Text steht. Überhaupt verwendet der Autor grundsätzlich keine Fußnoten und befließt sich einer recht ungewöhnlichen Zitierweise. Gelegentlich fehlen die Quellenangaben auch ganz. Über weite Strecken mutet das Buch wie ein sehr heterogenes Gemisch aus bloßen Literaturexzerpten an. Weiterführende Gedanken sind selten.)

Wie wenig die Ethik ihren Ort in der journalistischen Praxis hat, dafür hält

**Holger Rust: "Politischer" Journalismus. Landtagswahlkämpfe in regionalen Tageszeitungen.- Tübingen: Max Niemeyer Verlag 1984 (Medien in Forschung und Unterricht Bd. 14), 177 S., DM 60,-**

mannigfaltige Belege bereit. Als Untersuchungsfeld hat der in Hannover lehrende Medienwissenschaftler die Hamburger und niedersächsischen Landtagswahlen des Jahres 1982 gewählt. Das Untersuchungsmaterial für die quantitative Inhaltsanalyse bestand aus den Berichten aller Hamburger und (als Kontrollgruppe) Hannoveraner Tageszeitungen.

Dabei hat diese Falluntersuchung im wesentlichen zwei analytische Bezugspunkte: erstens die bekannte Personalisierungs-These von Horst Holzer, deren heuristischer Wert schon in vielen medienkritischen Studien erwiesen wurde - allerdings mit der Tendenz zur Überstrapazierung -, und zweitens die in der neueren Kommunikationswissenschaft zu beobachtende Hinwendung zum regionalen und lokalen Kommunikationsraum. Man denke z.B. an jüngste Arbeiten wie 'Kommunale Kommunikation' von Otfried Jarren und 'Presse und Organisationen im lokalen Kommunikationsraum' von Wolfgang A. Fuchs. (Wie Nussberger kann auch Rust der Vorwurf formaler Mängel nicht erspart werden: Die Legenden zu seinen Tabellen sind lückenhaft; unklar bleibt insbesondere, wieso auf den S. 102/103 aus der Kategorie "Partei-präsenz" (in den Zeitungen) plötzlich der weitergehende Begriff "Parteipräferenz" wird.)

Rusts Pressekritik läßt sich im Resultat dahingehend zusammenfassen, daß der Wahlkampfberichterstattung regionaler Tageszeitungen das Prädikat "politisch" nur mit Einschränkungen zugesprochen werden kann. Die Kandidaten der Parteien würden vorzugsweise als Träger menschlicher Eigenschaften vorgestellt; eine journalistische Sachauseinandersetzung mit der von ihnen repräsentierten Politik finde dagegen kaum statt. Als Beispiel für diese Tendenz mag ein Zitat aus der 'Bild'-Zeitung genügen. Über den CDU-Spitzenkandidaten Albrecht schrieb dort ein Reporter: "Wer so fröhlich aussieht, denke ich mir, macht auch eine fröhliche Politik." (S. 150)

In der methodischen Orientierung der Presse auf Prominenz erkennt Rust einen Verstoß gegen demokratische Werte: "Das Prinzip der Prominenz stellt vor diesem Hintergrund eine Verletzung demokratischer Grundnormen dar, weil der Legitimationsprozeß des politischen Handelns mit nichtpolitischen Argumenten vollzogen und dadurch unkontrollierbar wird." (S. 33) Dieser theoretischen Prämisse aber wird Rust schon auf der nächsten Seite untreu, wenn er schreibt: "Unterschriften prominenter Mitbürger gegen Raketenstationierungen oder Volksbefragungen oder das Auftreten identifizierbarer Figuren des Showgeschäfts (gleich welcher Ausrichtung) verdeutlichen neben der Tatsache, daß die öffentliche Aufmerksamkeit sich vornehmlich um symbolische Präsentationen kristallisiert, auch das demokratische Ethos des persönlichen Engagements. Das ist die andere Seite der Personalisierung (...)" (S. 34). Kritisch aber muß hiergegen eingewandt werden, daß wir es auch dann mit Persuasion durch Prominenz, nicht also mit sachorientierter Aufklärung zu tun haben, wenn z.B. Schriftsteller sich gegen Raketen engagieren und die Medien die Außenseite dieser Aktionen multiplizieren. Solche Angebote zur Identifikation fördern die Bequemlichkeit: Prominente denken und handeln stellvertretend. Sie überreden durch ihr Beispiel, durch ihre auratische Autorität, kaum aber durch Argumente.

Mit seiner Personalisierungskritik steht Rust ohnehin auf verlorenem Posten, wenn just diese Personalisierung in einem Handbuch für Berufsanfänger wie

**Heinz Pürer (Hrsg.): Praktischer Journalismus in Zeitung, Radio und Fernsehen. Mit einer Berufs- und Medienkunde für Journalisten in Österreich.**- Salzburg: Kuratorium für Journalistenausbildung 1984, 498 S., DM 64,-

als stilistischer und didaktischer Kunstgriff ausdrücklich empfohlen wird - noch dazu mit einem Beispiel aus Rusts eigenem Untersuchungsfeld. In seinem Artikel über das 'Feature in der Zeitung' empfiehlt der Stuttgarter Journalist Ingomar Schwelz eine Reportage der 'Süddeutschen Zeitung' über den Hamburger Wahlkampf im Dezember 1982 als geradezu ideal: "Kempski (der 'SZ'-Chefreporter, V.L.) macht es denn auch im stimmunglosen Hamburg sogleich spannend. Er porträtiert die beiden Spitzenkandidaten, erstellt von beiden ein Psychogramm (...) und projiziert damit die gesamte Story auf einen Punkt. Mit der Personalisierung findet er die Geschichte in der Geschichte. Die Wahl als Kampf Mann gegen Mann. Klaus von Dohnanyi gegen Walther Leisler Kiep, den Vertreter der CDU. Die Story verkürzt sich auf diesen Kampf und wird dadurch greifbarer." (S. 158f)

Hand- und Lehrbücher wie dieses lassen sich bis in die von ihnen empfohlenen handwerklichen Verfahrensweisen auch verstehen als ethische Regelwerke. Der von Heinz Pürer für die Journalistenausbildung in Österreich herausgegebene Band unterscheidet sich von vergleichbaren Werken vor allem dadurch, daß hier ein trimedialer Ansatz gewählt wurde: Presse, Hörfunk und Fernsehen finden gleichermaßen Berücksichtigung. So sinnvoll das für den medial noch nicht festgelegten Berufsanfänger, für den Publizistik- und Journalistik-Studenten sein mag, so muß doch eine gewisse Redundanz in Kauf genommen werden. Insbesondere im umfangreichen 3. Kapitel: 'Journalistische Darstellungsformen in Zeitung, Radio und Fernsehen' wiederholen sich die Beiträge oft, da sich die journalistischen Formen in den verschiedenen Medien halt nicht grundlegend unterscheiden. Der enorme Informationsreichtum einzelner Artikel aber bleibt von solchem Einwand unberührt.

Schauen wir uns jene Passagen näher an, die sich unmittelbar zu ethischen Fragen und zur Sinnorientierung des journalistischen Handelns äußern. Die zahlreichen Warnungen vor zu viel eigener Meinung und zu wenig Faktentreue fallen sofort ins Auge. Bekanntlich bringen Berufsanfänger ein hohes Maß an idealistischer Motivation mit in die journalistische Arbeit. Dieser Tendenz zum Journalisten als Kritiker und Aufklärer wollten die Autoren, die fast durchweg gestandene Praktiker aus den österreichischen Medien sind, offenbar früh entgegentreten. Die Situation ist ähnlich wie in der Bundesrepublik. Fast gleichlautend mit medienpolitischen Argumentationen hierzulande, schreibt im Pürer-Band z.B. Maximilian Gottschlich, der mit 'Journalismus und Orientierungsverlust' bereits eine interessante Reflexion zur Medienethik vorlegte, daß "die Kommunikationsfreiheit nicht die Freiheit von ein paar hundert maßgeblichen Journalisten eines Landes (sei), ihre eigenen Ziele und Kommunikationsbedürfnisse zu befriedigen. Allerdings fällt dem mit der Generationsablöse in den Redaktionen verstärkt wirksam werdenden, parteiischen Journalismus kulturelinker Prägung diese Einsicht mitunter schwer." (S. 350) Die Hinwendung zu einem gesellschaftskritischen Journalismus erscheint in solcher Darstellung als bloßer Propagandaerfolg linker Kräfte. Daß die Abkehr vom Konzept des bloß reportierenden und vermittelnden Journalismus (was ja nicht gleichbedeutend sein muß mit einer tatsächlich fragwürdigen Vernachlässigung der korrekten Fakten und der soliden Recherche, wie Kritiker ständig unterstellen) auch begründet liegt in

der Weigerung, den partikularen Interessen politischer und gesellschaftlicher Machtgruppen länger nachrichtlich dienstbar zu sein - diese Einsicht kommt nicht auf. Wie sollte sie auch? Denn natürlich beziehen sich auch die Gegner des anwaltschaftlichen Journalismus auf ein bestimmtes Weltbild, wollen sie bestimmte Interessen gewahrt wissen. Auf entlarvende Weise wird das deutlich, wenn Hans Benedict, Spezial-Korrespondent des ORF-Fernsehens und -Hörfunks, gar ins tagespolitische Detail geht und gewissermaßen vom grünen Tisch her dekretiert, wann ein sowjetischer Abrüstungsvorschlag ernstzunehmen sei und wann nicht: "Man kann sich journalistisch nicht sinnvoll mit der Strategie des sowjetischen Parteichefs Andropow befassen, wenn man sie in der eigenen Darstellung wortgetreu nach TASS als 'Neue Friedensinitiative' qualifiziert. (...) Schließlich kann die Strategie Andropows nicht als Friedensinitiative qualifiziert werden, wenn sie nicht zur Unterzeichnung eines 'Friedensvertrages' mit den USA führt." (S. 185) Das Zitat dokumentiert deutlich, was wir schon oben in unserer Auseinandersetzung mit Boverter behaupteten: daß die journalistische Ethik nicht freigehalten werden kann von den allgemeinen politischen Gegensätzen.

Hielt man bisher Deutschland für ein Land mit einer ausgeprägten Vorliebe für Gesetze und Vorschriften, so sieht sich der Leser des Pürer-Sammelbands eines Besseren belehrt. Ein eigentümlicher Legalismus herrscht in vielen Beiträgen vor: Eifrig werden insbesondere die entsprechenden Gesetze und Richtlinien für den Österreichischen Rundfunk zitiert, die den Redakteuren und Mitarbeitern strengste Sorgfalt und vor allem weitestgehende Meinungsabstinenz auferlegen. Folgt man diesen Darlegungen und schließt von ihnen auf die Praxis, so ist im österreichischen Radio und Fernsehen nicht einmal die Freiheit der Kunstkritik gewährleistet. Denn Kritiken gehörten zur Form dessen, was man tautologisch "Meinungskommentar" nennt - und der sei gemäß den Bestimmungen untersagt (S. 208f). Wer das für eine unfruchtbare Beschneidung des kulturellen Diskurses und für eine eklantante Unterforderung des Rezipienten hält, dem wird entgegengehalten: "Die Forderung des Rundfunkgesetzes nach Objektivität und Ausgewogenheit der Berichterstattung hat nichts zu tun mit einem 'Maulkorberlaß' für kritische Journalisten, sondern nimmt Rücksicht auf Sehgewohnheiten der großen Mehrheit des Fernseh-Publikums in Österreich. Der Österreicher (sic!) hat sich in den letzten Jahrzehnten angewöhnt (...)" (S. 210). So muß auch hier der Rezipient, das unbekannte Wesen, herhalten zur Scheinlegitimation von parteipolitisch motivierten Festschreibungen. Auch das ist Ethik - oder doch nicht: keine jedenfalls, die einem grenzenlos forschenden und rücksichtslos fragenden, einem freien Journalismus verpflichtet wäre.

Volker Lilienthal